

So meistern wir die Rentenkrise

Von Rudolf Rechsteiner, Nationalrat Basel-Stadt

Pensionsalter erhöhen, AHV-Renten kürzen, Leistungen kürzen, Sozialwerke privatisieren, Fürsorge statt Rechtsansprüche: Dies ist die neoliberale Marschrichtung, wie sie von den Rechtsparteien mit zunehmender Schärfe propagiert wird. Doch die Rezepte taugen wenig. Sie sind mitverantwortlich für die anhaltende Wachstumsschwäche der Schweiz und für die Exzesse auf den Finanzmärkten. Das chronische Übersparen der Schweiz senkt die Nachfrage, blockiert das Wirtschaftswachstum und die permanente Angstmacherei belastet die Konsumentenstimmung. Wo die Wirtschaft nicht mehr wächst, wird Sparen kontraproduktiv. Die 2. Säule steht nahe am Kollaps, kleine Firmen mit „schlechten Risiken“ finden keinen Versicherer mehr, der das Obligatorium durchführt. Die Schweiz muss zur Stärkung der Solidarität und des Umlageverfahrens zurückfinden, und die Privatversicherungen sollen nicht länger frei schalten und walten.

Kein Sommertheater

Fast jedes Jahr das gleiche Sommertheater, könnte man meinen. Zuerst kommen „wissenschaftliche“ Studien (finanziert von FDP-Sozialminister Couchepin oder der *Economiesuisse*). Darin wird mit sozialdarwinistischem Unterton einmal mehr die (Über-)Alterung kritisiert. Man müsse den Gürtel enger schnallen, das Rentenalter auf 67 heraufsetzen („im Jahr 2017 oder so“). Als hätten die heute Betagten nie Prämien bezahlt.

Dann folgen Stellungnahmen von Arbeitgeberverband bis SVP: Staatsquote zu hoch, Rechtsansprüche übersetzt, Kosten unerträglich, die vielen Alten sind schuld.

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. Nein. Nun kommt es schlimmer. Erstmals werden in einem Sparprogramm des Bundesrates, beschönigend „Entlastungsprogramm“ genannt, AHV-Leistungen gekürzt. Der Mischindex¹ soll ausgesetzt werden, die Anpassung der

¹ Mischindex = Anpassung der Renten zu 50% an die Lohn- und zu 50 % an die Preisentwicklung

AHV-Renten an die Lohnentwicklung solle ausgesetzt werden, dazu kommen Kürzungen der Bundesbeiträge in weiteren Sozialbereichen.

Entlastungsprogramm 2003, Leistungskürzungen

Massnahme	Ausgabenreduktion (2006)			
	AHV/IV	Bund	Kantone	Total
Aussetzung AHV-Mischindex	277 (netto)	75	20	372
Abbau Bundesbeitrag an flex. AHV-Rentenalter		255		255
Abbau regulärer Bundesbeitrag 0,64% AHV-Ausgaben		200		200
Abbau der IV-Beiträge Heime und Werkstätten	109	81	28	218
Total	388	611	48	1045

Die Liebe zum Markt

Die Ideen vom privaten Sozialstaat sind nicht neu. Die Sozialwerke wurden im letzten Jahrhundert vom *New Deal* (1930) bis zur ersten Nachkriegs-Rezession (1973/74) kräftig ausgebaut, seither ist Umverteilung eines der Feindbilder der neoliberalen Rechten. Diese Denkschule hat ihren Ursprung im 18. und 19. Jahrhundert und kennt für jedes Probleme nur ein Rezept: Den sich selbst regulierenden Markt. Jeder und jede solle für sich selber sorgen, «Eigenverantwortung» steht im Mittelpunkt.

Für manche Bürger, die den Sozialstaat als eine Art Hauswirtschaft wahrnehmen, ist diese Botschaft verhänglich. Sparen und individueller Verzicht zum Wohle des Ganzen sind in der christlichen Grundhaltung positiv besetzt. So gesehen gelangen selbst sozial höchst fragwürdige Abbauprogramme mit übelsten makro-ökonomischen Auswirkungen zu einer gemeinnützigen Etikette.

Und die Verzichts- und Angstpropaganda verfehlt ihre Wirkung nicht: Eine Mehrheit der jungen Menschen glaubt nicht mehr daran, im Alter eine AHV-Rente zu erhalten. Das Vertrauen in die Institutionen hat gelitten, Couchepin sei gedankt...

Doch die neoliberale Ideologie hält nicht, was sie verspricht. Es ist nicht zu übersehen, dass ökonomische Rezepte, die für den Privathaushalt gelten («Masshalten» und «konsequentes Sparen») auf volkswirtschaftlicher Ebene direkt in die wirtschaftliche Katastrophe führen. In der Zwischenkriegszeit verschärften ultra-liberale Ideologien die Weltwirtschaftskrise. Mit Austeritätspolitik („Schuldenbremse“) würgten sie die Nachfrage ab und verstärkten die Abwärtsspirale der Konjunktur, was Faschisten wie Mussolini und Hitler an die Macht brachte, die mit keynesianischen Rezepten (Militärausgaben, Wohnungsbau, Autobahnen)

für Arbeitsplätze sorgen und die Welt mit Völkermord und Krieg übersäten.

CVP, SVP und FDP im Abbau-Wettrennen

Während die Linke in den letzten Jahren den Weg zum aufgeschlossenen Pragmatismus durchschritten hat – weg von generellen Verstaatlichungen, hin zur öko-sozialen Marktwirtschaft mit „checks and balances“ – politisiert die Rechte dogmatischer denn je. Ihr Ziel heisst Sparen–Sparen–Sparen: weniger Staat, weniger Steuern für Reiche, weniger „Umverteilung“ um jeden Preis.

Zwar verhält sich ausgerechnet die SVP vor den Wahlen auffällig ruhig. Um Wähleranteile zu steigern, wird lieber das Feindbild der „Scheininvaliden“ hochgefahren als der Frontalangriff gegen die Sozialwerke. Doch das Stimmverhalten der SVP und die programmatische Botschaft in der Sozialpolitik, sind weit radikaler als FDP und CVP. Die Dokumente vom Sonderparteitag in Altdorf (März 2000) haben die Marschrichtung klar gemacht: „Kapitaldeckung statt Umlageverfahren in der AHV... grundsätzliche Erhöhung des Rentenalters... Privatisierung der Sozialversicherung... Massgeschneiderte Vorsorge statt Staatskorsett“.² Ein „Abbau von Besitzständen“ sei „unvermeidlich“.³

Unterlegt wird die SVP-Strategie mit drei Argumenten:

1. Der Sozialabbau sei aus demografischen Gründen nötig, weil die Leistungen zu viel kosten (: „Kannibalismus an der kommenden Generation“).
2. Die Kosten der Sozialwerke schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.
3. Die Sozialversicherungen führten zu Missbräuchen, insbesondere „Scheininvaliden“ müssen als neues Feindbild herhalten.

² Nationalrat Hansjörg Hassler: Langfristiges Umdenken ist gefragt, Typoskript, Pressemappe der SVP zum Sonderparteitag vom 4. März 2000

³ Hanspeter Konrad: Weshalb ist bei den Sozialversicherungen eine Kurskorrektur nötig? Pressemappe der SVP zum Sonderparteitag vom 4. März 2000

Schreckgespenst Demographie

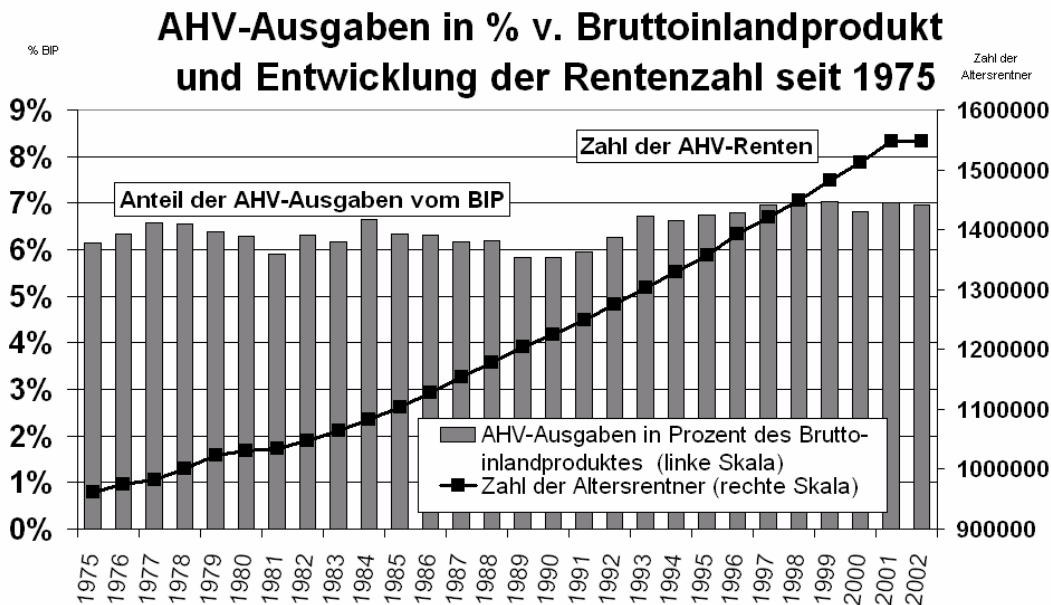


Abbildung 1: AHV-Ausgaben in % des BIP. Entwicklung der Zahl der Rentner

Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind sich gar nicht bewusst, dass die Alterung der Bevölkerung ein Prozess ist, der schon seit Jahrzehnten zu beobachten ist, ohne dass dies volkswirtschaftlich zu grösseren Schäden oder unbezahlbaren Rechnungen geführt hätte. Von 1975 bis 2002 stieg die Zahl der AHV-Altersrentnerinnen und -Rentner um 61 % von 961'000 auf 1'547'000 an. Die AHV-Ausgaben lagen in dieser Periode stabil zwischen 6 und 7 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Möglich wurde dies dank steigender Produktivität der Arbeit, dank Wirtschaftswachstum und real wachsender Löhne, dank steigender Erwerbsquote der Frauen, aber auch durch die kalte Degression⁴ der Leistungen. Diese Faktoren hielten die AHV-Finanzierung im Gleichgewicht.

Der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung wird bis ca. 2035 noch weiter ansteigen. Diese Entwicklung erzeugt – *völlig unabhängig vom Finanzierungsverfahren* (Kapitaldeckung oder Umlage) – zusätzliche Kosten. Altersrenten müssen *immer* über Prämien (Transferzahlungen), Zinszahlungen oder Konsumverzicht (Erwerb von Kapitalanlagen durch die Jungen, die von Betagten veräussert werden) von der aktiven Generation geleistet werden. Allerdings helfen uns dabei auch

⁴ Von kalter Degression spricht man, weil die Rentenanpassungen nach Mischindex nur zu 50% an die Lohnentwicklung angepasst werden. Der reale Wert der AHV-Rente im Verhältnis zum letzten Lohn von Neurentnern ist deswegen rückläufig.

die Maschinen und die Technik: Weil ein immer grösserer Teil der Wirtschaftsleistung von Automaten erbracht wird – man denke zum Beispiel an die Roboter der Autoproduktion – steigt die Produktivität, was sich in wachsenden Löhnen der Jungen niederschlägt. Zudem wird – über die Mehrwertsteuer – auch ein Teil des Mehrwerts von Maschinen erfasst und fliesst direkt in Rentenleistungen!

Halten wir fest: Das zentrale Problem europäischer Gesellschaften ist *gerade nicht* die Demographie. Es fehlt keineswegs an Arbeitskräften, sondern Arbeitslosigkeit, mangelndes Wachstum, Zukunftsangst und schlechte Integration der Jungen, insbesondere junger schlecht ausgebildeter Ausländer machen der Wirtschaft und hemmen die Entfaltung der Produktivkräfte.

Würden die Alten bis 67 alle auch noch arbeiten wollen, wie Couchepin dies vorschlägt, hätten wir noch höhere Kosten der Arbeitslosenversicherung und die Missbräuche der Invalidenversicherung als Notausgang für Wirtschaftskrisen und Ausrangierte würden eskalieren!

Viele eher eignet die umgekehrte Betrachtung: Zum Glück gibt es die Alten. Sie sorgen für Nachfrage, ohne selber noch einen Arbeitsplatz zu beanspruchen, sie gehören zu den wenigen, die – über die Auszahlung von Pensionen – Vermögen auflösen und in Konsum überführen, und sie sind ganz offensichtlich glücklich in ihrer Nichterwerbstätigkeit, denn „das tatsächliche Rentenalter [ist] in den 90er-Jahren gesunken, ob- schon das AHV-Rentenalter unverändert geblieben ist.“⁵

Schreckgespenst Kosten

Wer meint, die Alterssicherung durch eine Reduktion der staatlichen AHV-Leistungen zu verbilligen, unterliegt einem groben Irrtum. Kürzungen bei der AHV führen direkt zu einer Verlagerung der Altersvorsorge. Die Beschäftigten versuchen dann, ihre Ersparnisse zu erhöhen und die sinkenden Leistungen durch Einlagen bei Pensionskassen und Lebensversicherungen wettzumachen. Damit wird aber ein Problem verschärft, an dem die Schweiz seit langem leidet: Nachfrageschwäche, niedriges Wachstum und Anlagenot.

Die zusätzlichen Ersparnisse müssen nämlich irgendwo parkiert werden, und rentable Kapitalanlagen sind eine beschränkte Ressource. Sie stehen in direktem Zusammenhang mit der Höhe des Wirtschafts-

⁵ Bundesamt für Sozialversicherung (Hg.): Synthesebericht zum Forschungsprogramm zur längerfristigen Zukunft der Alterssicherung, S.IV

wachstums. Rendite trägt das Kapital nur, wenn es produktiv angelegt werden kann, kurz: wenn die Wirtschaft wächst!

Die Schweiz leidet seit Jahrzehnten unter einer exzessiven Sparquote. Besonders seit Mitte der 90er Jahre wird signifikant weniger konsumiert (und produktiv investiert), und umso mehr Geld wandert auf die hohe Kante. Der Sparüberschuss (Differenz zwischen Neuersparnis und Investitionen) erreichte im Jahr 2000 den Rekordwert von 12,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Er lag mit 52 Mrd. SFr. mehr als doppelt so hoch wie in den 80er und viermal so hoch wie in den siebziger Jahren.

Sparüberschuss der Schweiz in % Bruttoinlandprodukt

Zeitraum	Überschuss In % BIP	In Millionen Franken ⁶
50er Jahre ⁷	2,17	567
60er Jahre	-0,33	58
70er Jahre	2,67	3840
80er Jahre	4,37	10 524
90er Jahre	8,57	31 689
1995	7,1	25 823
1996	7,6	27 673
1997	10,1	37 422
1998	9,9	37 545
1999	11,8	45 716
2000	12,8	51 850
2001p	8,8	36 382

(Daten: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Die steigende Sparquote bei sinkenden Investitionen hat zur Folge, dass private und institutionelle Anleger unter akuter Anlagenot leiden. Die Zinsen liegen auf einem historischen Tiefststand, die Schweiz bewegt sich seit Jahren am Rande einer Deflation. Und keiner der neoliberalen Chefideologen kann die Frage beantworten, wie das zusätzliche Sparkapital, das der Wirtschaft entzogen wird, sinnvoll und mit einem positiven return on investment investiert werden kann.

Mehr Sparen = weniger Nachfrage = weniger Wachstum

Das extreme Sparen wird für die Schweizer Wirtschaft zur Belastung („japanische Krankheit“), die ohne Reformen noch lange Schaden anrichtet. Im Zentrum der Wirtschaftsberichterstattung stehen die Börsen- und Kapitalmärkte. Tatsächlich erzeugt die zusätzliche Ersparnis auf den Kapitalmärkten regelmässige Strohfeuer: doch stark steigenden Kursen folgt anschliessend der Zusammenbruch. So geschehen auf dem Immobilienmarkt (1970-90, Krise seit 1991) und an der Schweizer Aktienbörse. Der Swiss Performance Index versechsfachte sich zwi-

⁶ Zu laufenden Preisen

⁷ (Mittelwert Jahrzehnt)

schen 1987 und 2000 von 1000 auf 5689 Punkte (August 2000), danach halbierten sich die Kurse im Zeitlupencrash von 2000 bis 2003.

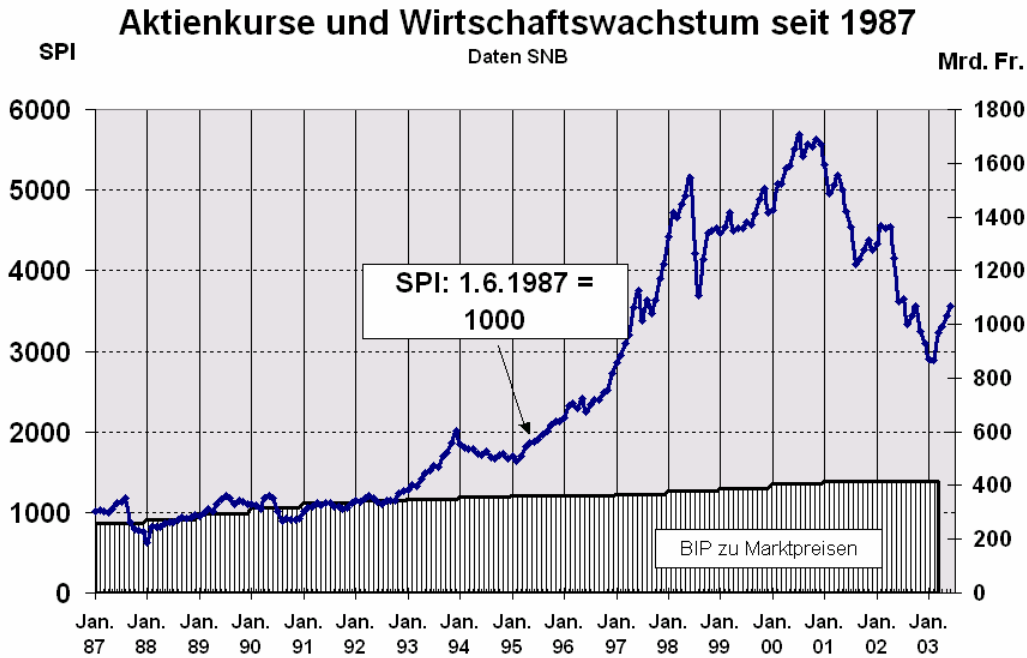


Abbildung 2 Entwicklung der Schweizer Aktien 1987-2003

Die Bewertung der Börse überstieg das Wirtschaftswachstum von 1987-2002 um ein Vielfaches, doch der hohen Bewertung stehen keine reale Vermögen gegenüber. Das Bruttoinlandprodukt erhöhte sich in dieser Periode nur von 287 Mrd. SFr. auf 417 (+62% nominell), während die Börse auf dem Höhepunkt 469% (Sommer 2000) zugelegt hatte und Mitte 2003) mit 3500 Punkten 250% über dem Niveau von 1987 liegt.

Sichtbar wird die Luftblase, wenn man die Aktien an ihrem „inneren Wert“ misst. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) misst den Kurs eines Wertpapiers am laufenden Ertrag und entspricht bei Liegenschaften in etwa dem Ertragswert gemessen an den erwirtschafteten Mietzinsen.



Abbildung 3 Kurs-Gewinn-Verhältnis der an der Schweizer Börse kotierten Firmen

Bis 1985 oszillierte das Kurs-Gewinn-Verhältnis um den Wert von 10, jede Aktie war also etwa 10mal so viel wert wie der Gewinn, den die betreffende Firma erwirtschaftete. Seither stiegen die Kurse der an der Schweizer Börse kotierten Firmen rund auf das Doppelte, mit Extremwerten (1997), die deutlich darüber lagen.

Angst vor unangenehmen Wahrheiten

Es ist bezeichnend, dass man in den Medien – ausser aus der Feder von Werner Vontobel („Cash“/„Sonntagsblick“) – kaum je von diesen Zusammenhängen hört. Doch für die Rentner, die auf vermeintlich „sichere Werte“ von Pensionskassen und Lebensversicherungen vertrauen, bildet das Kursrisiko eine eminente Hypothek. Wenn nämlich die Pensionskassen der Baby-Boomer ihre Anlagen verflüssigen, um daraus Renten zu finanzieren, ist es denkbar, dass sich das KGV national wie international zurückbildet. Sinkt das KGV auf das Niveau der 70er Jahre zwischen 8 bis 10, was eher als logisch denn als abnormal zu bezeichnen wäre, würde dies bedeuten, dass die vermeintlich sicheren Kapitalanlagen rund zwei Drittel ihres Werts verlieren, mit entsprechenden Einbussen bei den Renten!

Es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass die SVP ihre Privatisierungspläne der AHV vom Jahr 2000 nie mehr öffentlich wiederholt hat: Nach dem Crash der Schweizer Aktien und den blamablen Verlusten des Financiers Martin Ebner leuchtet jedem Kind ein, dass man mit den AHV-Prämien nicht ins Börsencasino sollte. Die Lebensversicherungen, die erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stark in den Aktienmarkt einstiegen, verloren seither so viel Geld, dass das Vertrauen in sie schwersten Schaden genommen hat – trotz milliardenschweren Sanierungen der Banken.

Die Sache mit dem Kapitalexport

Der tiefe Fall der Versicherungen hat an der Marschrichtung bürgerlicher Sozialpolitik indessen wenig verändert. Eine Senkung der Staatsquote gehört zu den Fundamenten der bürgerlichen Ideologie. Unverdorren wird – auch bei der AHV – gespart, obschon die Schweiz himmelhoch überspart ist und obschon die Lebensversicherungen und Pensionskassen im Vergleich zur AHV notorisch ineffizient arbeiten und Verwaltungskosten verursachen, die etwa um einen Faktor 10 höher sind als jene der AHV.

Doch das gestiegene Kursrisiko ist nicht das einzige Problem des überdimensionierten (Zwangs-)Sparens. Viel tragischer erscheint der Umstand, dass in einer Wirtschaft ohne Wachstum neue Ersparnisse die Rezession verstärken. Die Kapitalrenditen auf dem Vorsorgevermögen bewegen sich real nahe dem Nullwert, die Kapitalbildung findet keine Verwendung, unsere Dienstleistungswirtschaft braucht *immer weniger* Kapital im Verhältnis zum erwirtschafteten Einkommen.

Der Anteil der Anlageinvestitionen am BIP sank in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich von über 30 auf 20%.

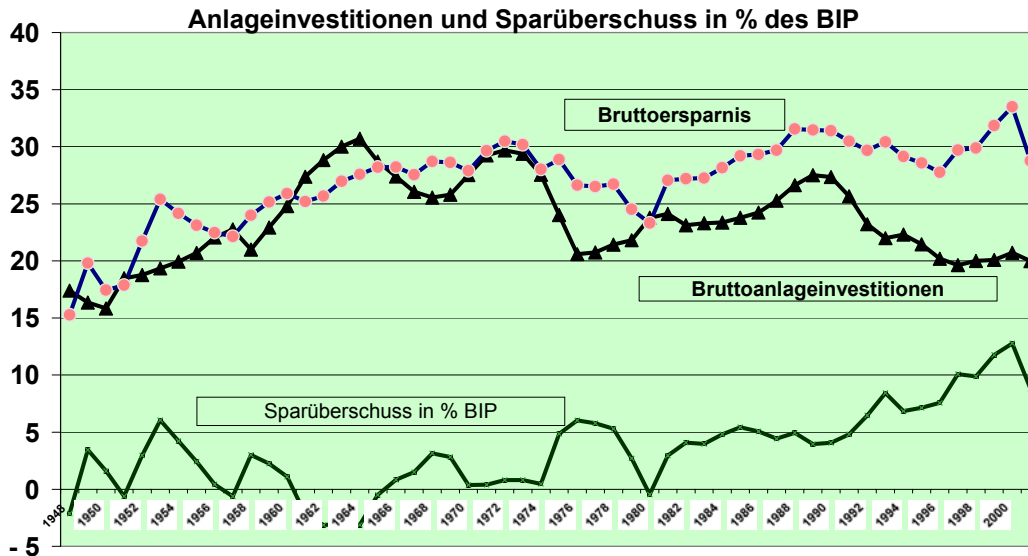


Abbildung 4 Investitionen, Ersparnisse und Sparüberschuss der Schweiz 1949-2001

Fehlende Kapitalanlagen sind nicht ein schweizerisches, sondern ein internationales Phänomen. Überschüssige Kapitalien fliessen in den Kapitalexpert. Der Sparüberschuss wird im Ausland angelegt. Damit die Schweiz ihre kapitalgedeckte Vorsorge durchführen kann, müssen sich also andere Länder *verschulden*. Eine solche Aussenwirtschafts- und Rentenpolitik ist verteilungspolitisch doch einigermaßen problematisch, um nicht zu sagen rücksichtslos. Um ihren Wohlstand zu sichern, sollen sich andere Länder bei der Schweiz verschulden. Das Verhalten gleicht in der Wirkungsweise dem Protektionismus, der in der Weltwirtschaftskrise des letzten Jahrhunderts ebenfalls die Weltwirtschaftskrise entscheidend verschärft hat.

Abgesehen davon, ist die Anlagesicherheit der so globalisierten Deckungskapitalien einigermaßen zweifelhaft. Eine Weltwirtschaft, in der die einen arbeiten und Zinsen zahlen, damit die anderen nicht arbeiten und den Zinsendienst geniessen können, ist ungleichgewichtig. Die lastentragenden Ökonomien werden durch Zinsabflüsse geschwächt, was besonders problematisch ist, wenn diese Länder netto wenig bis gar nichts exportieren (Beispiel USA). In solchen Konstellationen sind die Währungsrisiken sehr hoch, und die Tendenz, dass so verschuldete Volkswirtschaften zusammenbrechen, ist nicht nur im Hinblick auf die Sicherheit der Schweizer Renten hoch problematisch.

Gegenstrategien

Als Teil einer ausgewogenen Wachstums- und Sozialstrategie müsste unsere Landesregierung deshalb das Umlageverfahren stärken statt schwächen und die überbordende Kapitalbildung durch das Zwangsparen des BVG-Obligatoriums und das (für die einzelnen Beschäftigten ebenfalls obligatorische) Überobligatorium überdenken bzw. lockern. Ein erster Schritt wäre eine massvollere Steuerbefreiung der überobligatorischen 2. und der 3. Säule. Auf jeden Fall aber gilt es, jegliche Schwächung der AHV zu vermeiden, nicht nur aus makroökonomischen und sozialen Gründen, sondern auch aus dem Aspekt der Effizienz. Die AHV arbeitet nämlich – mit Verwaltungskosten von 1 % der Prämien – zu massiv tieferen Kosten als die 2. Säule. Zudem entstehen in der AHV Produktivitätsgewinne dank der späten Finanzierung der Renten.⁸

Scheckgespenst Missbrauch

Auch die dritte Stossrichtung der SVP – die Kritik an vermeintlichen Missbräuchen – zieht im Hinblick auf die Alterssicherung nicht. Die Parameter für die Leistungen sind weitgehend biologisch definiert (Rentenalter, Kinder-Erziehungsjahre) und gar nicht manipulierbar.

Die Untersuchungen des Bundes (IDAFiSo, IDA ForAlt) zeigen, dass bei mässigem Wirtschaftswachstum (1-1,5%) die AHV-Renten finanziert werden können, ohne dass das verfügbare Einkommen der aktiven Bevölkerung absinkt. Das heisst: Die Alterssicherung wird zwar mehr kosten, aber die Jungen erleiden keine Wohlstandseinbussen!

Hält indessen die Wachstumsschwäche an, ist es erst recht falsch, die Alterssicherung stärker Richtung Kapitaldeckung (2. und 3. Säule) zu verlagern, da dann die Anlagenot noch grösser wird als heute.

Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass der Bundesrat die AHV-Leistungen nicht kürzen sollte. Und seine Exponenten sollten es auch unterlassen, die Solidarität der Generationen durch immer neue, unrealistische Szenarien zu untergraben, die in der Substanz nichts Neues zur Diskussion beitragen im Vergleich zu dem, was man schon seit Jahrzehnten weiss.

⁸ Mit anderen Worten: Wenn die Arbeitsproduktivität im Mittel 0,5 bis 1,5 % wächst, spart man bei einer Umlage-Finanzierung der Rente rund ein Drittel der Beiträge allein durch den späteren Zeitpunkt der Rentenbildung. Vgl. Rudolf Rechsteiner: Sozialstaat Schweiz am Ende? – Zürich 1998.

Auch eine Erhöhung des Rentenalters vermag an den grundlegenden Entwicklungen nichts zu ändern. Sie verstärkt nur den verbreiteten Pessimismus und die Umsetzung würde konkret nur die Arbeitslosenquote und die Kosten der Invalidenversicherung vermehren. Sollte die AHV in finanzielle Engpässe geraten, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die Solidarität unter den Generationen zu stärken, ohne dass die junge Generation übermässig belastet wird:

- Durch Zuwendungen aus den Gewinnen der Nationalbank
- Durch Einführung einer Erbschaftssteuer zugunsten der AHV
- Durch den Umstand, dass die Mehrwertsteuer auch von den Betagten mitfinanziert wird, leisten die gut Betuchten unter ihnen einen Finanzierungsbeitrag an die AHV leisten.

Statt die AHV schlecht zu reden, und die Einnahmen der AHV durch unsoziale Steuerpakete zu schwächen, sollte der Bundesrat die 2. Säule reformieren und Massnahmen treffen, um die schwache Konsum- und Investitionsgüternachfrage anzukurbeln.